

LISA

>> hat was zu sagen

Liste 5



zur SR-Wahl vom 23. bis 27. Mai 2011 an der Uni Bremen

Und wieder steht die Wahl zum Studierendenrat an, dessen Mehrheit dann für ein weiteres Jahr die Zusammensetzung des AStA bestimmt. Der ganze Campus geht in Plakaten, die Mensa in Flugblättern unter. Das ist schon eine skurrile Situation. Niemals sonst im Jahr gibt es so viel hochschulpolitisches Engagement, wie in den zwei Wochen vor der Wahl. Niemals sonst stehen so viele Leute so früh auf, um noch vor 8:15 Flugblätter in Veranstaltungsräumen zu platzieren. Da erscheinen auf einmal Menschen, die den Rest des Jahres an unserer Uni überhaupt nicht politisch aktiv sind. Solche, die das ganze Jahr immer nur darüber meckern und lästern, was andere machen, oder gar solche, die sonst nur in ihren Parteikreisen verkehren und denken.

Auf all diese Menschen treffen wir, wenn auch wir zur Wahlzeit Plakate kleben und Flugblätter verteilen. Wir denken uns oft dabei: „Wenn so viele Studis das ganze Jahr lang für ihre Interessen politisch aktiv wären, Scheiße, was könnten wir da alles erreichen!“ Aber wenn sie die Wahl nicht gewinnen, verschwinden all diese Menschen wieder für ein Jahr in der Versenkung. Diese praktische Erfahrung, dass es im Wahlkampf nicht um die politische Sache, sondern um Macht und Posten geht, ist es, weshalb uns der Wahlkampf ankotzt.

Alle tüfteln Strategien aus, wie sie sich bei der Masse der Studis am besten anbieten können. Mehr als um die politische Sache, geht es darum, sich als die Besten und Coolsten zu verkaufen oder sogar noch so zu tun, als würde man sich den ganz dringenden Problemen jedes Einzelnen annehmen wollen und können. Das ekelt uns ziemlich an, denn es sind Wahlversprechen im klassischen Sinne. Sie sollen einer emotionalen Entscheidung den Vorrang vor einer rationalen geben. Aber wer glaubt denn schon ernsthaft, dass 10 gewählte AStA-Hanseln in ihrer Freizeit mal eben die dringlichsten studentischen Probleme lösen. Das funktioniert nicht. Erstens sind 10 Leute einfach zu wenige und zweitens kennen die gar nicht die Probleme von 18.000 Studis. Deshalb finden wir Wahlen scheiße. Weil sie darüber hinwegtäuschen, wie wirkliche Problemlösungen und Verbesserungen erreicht werden können. Ganz viele von ganz wenigen vertreten zu lassen, bringt genau so viel wie einfach nur zu hoffen, dass irgendwann alles besser wird: nämlich nichts. Wenn wir wirklich etwas verändern wollen, dann müssen wir das schon selber machen. Und zwar nicht hinter verschlossenen Türen, sondern mit viel Radau, Kreativität und Entschlossenheit!

Dennoch treten wir zur Wahl an, nehmen an diesem Prinzip teil, ohne darin aufgehen zu wollen. Denn wir wollen nicht stellvertretend für euch sprechen oder handeln, sondern gemeinsam mit euch. Erst das verleiht uns allen politisches Gewicht. Und wenn dabei nicht bloß 10 gewählte Vertreter_innen, sondern möglichst viele Studis auf die Möglichkeiten und die Infrastruktur des AStA zurückgreifen können, dann hilft das ungemein. Deshalb treten wir zur Wahl an und machen Wahlkampf.

Inhalt <<

SELBSTVERSTÄNDNIS

>> 4

HOCHSCHULPOLITIK

Freie Bildung >> 5

Bachelor und Master >> 6

Bildungsproteste >> 7

Studiengebühren >> 8

Konstruktive Mitarbeit >> 10

Radikale Opposition >> 10

Stugen >> 11

Vernetzung >> 11

Politisches Mandat >> 12

Überwachung >> 13

SOZIALES

Soziale Lage >> 15

Service im AStA >> 16

Kinderland >> 16

Semesterticket >> 17

BAFöG-, Sozial- und Rechtsberatung >> 18

Darüber hinaus >> 18

Studentenwerk >> 19

Wohnheime >> 20

Mensa und Cafete >> 21

Kultur >> 21

>> Selbstverständnis

LiSA bedeutet Liste der StudiengangsAktiven und ist ein breiter Zusammenschluss von Studierenden an der Uni. Unsere gemeinsame Motivation ist nicht nur die bestehenden universitären und gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren, sondern studentisch selbstorganisiert Räume für ein frei bestimmtes Leben und Lernen zu verteidigen und neue zu erkämpfen. Wir wollen den bestehenden Sachzwängen entgegenwirken, auf anti-emanzipatorische Strukturen und Handlungen hinweisen und sie nach Möglichkeiten aufbrechen.

Wir sind keine Freund_innen von abgehobene Institution, in der abgeschottete Stellvertreter_innen Politik betrieben wird. Wir wollen auch nicht, dass Parteikarrierist_innen, die sich ihrer eigenen Partei weit mehr verantwortlich fühlen als ihren Kommiliton_innen, den AStA zu ihren gesammelten Posten im Lebenslauf addieren und ihn so als Karrieresprungbrett missbrauchen. LiSA steht für selbstständige Partizipation. Es ist uns wichtig, nicht nur eigene Ideen umzusetzen, sondern allen Studierenden die Möglichkeit zu geben, aktiv zu werden und sich einzubringen, denn wir gaukeln uns nicht vor, zu wissen, was rund 18.000 Studierende an der Uni wollen und was nicht. Wir wollen gemeinsam mit Euch eure Ideen umsetzen!

LiSA ist gegen eine Uni, in der immatrikuliert sein heißt dirigiert, reglementiert, eingepfercht, belehrt, gepredigt, kontrolliert, eingeschätzt, abgeschätzt, zensiert und kommandiert zu werden. Die unkoordinierte Einführung von BA/MA und die straff geplanten Semester machen vielen das Leben zusätzlich schwer und lassen kaum Raum für persönliche Entwicklung. Auch die Einführung des Nationalen Stipendiumprogrammes an der Uni und das konsequente Vorantreiben einer Exzellenz- und Eliteuniverdeutlicht wieder einmal exemplarisch, dass die Bedürfnisse der Studierenden in keinsten Weise berücksichtigt werden, wenn es darum geht, das Studium an erkenntnisfeindlichen Quantitätsrichtlinien auszurichten.

Diese Verhältnisse und Entwicklungen gehören kritisiert und bekämpft, wozu Alternativen entworfen und praktisch umgesetzt werden müssen. Wenn Ihr einen AStA wollt, der sich für Euch einsetzt, mit Euch Aktionen macht, oder Euch dabei unterstützt, der kritisch und unabhängig ist, dann wählt Liste 5.

>> Freie Bildung

Jeden Tag müssen wir am eigenen Leibe erfahren, dass Seminare überfüllt sind und die Verwaltung überfordert ist - die bereitgestellten Mittel reichen einfach nicht, um die Anforderungen bewältigen zu können. Jeden Tag hören wir von Leuten, die sich aufgrund von Geldsorgen für eine Ausbildung und gegen ein Studium entschieden haben. Jeden Tag hören wir von schlechten Seminaren, in denen langweilige Texte in langweiligen Referaten reproduziert werden, da Prüfungsleistungen erbracht werden müssen. Und jeden Tag hören wir von Leuten, die es nicht schaffen, dem Druck dieser (Leistungs-)Gesellschaft Stand zu halten.

Und woran liegt das? Das Studium ist in den vergangenen 10 Jahren durch die Einführung der BA/MA-Strukturen extrem verschult worden, es wird zunehmend kostenpflichtig (Studien- und Verwaltungsgebühren; Gebühren für Sprachkurse), die öffentlichen Ausgaben werden zurückgefahren und nicht selten durch private Mittel ersetzt. Der neueste „Trend“ ist dabei die Transformation von Universitäten in Stiftungen, in denen Wirtschaftsvertreter_innen die „Exzellenzbereiche“ bestimmen, alles andere darf vergessen werden. Dahinter steht ein Bildungsideal, dass auf die Schaffung von schnell verfüg- und einsetzbarem „Humankapital“ basiert.

Eine konkrete Verschlechterung der Studiensituation wurde auch durch die Einführung von PABO verzeichnet. Beispielweise führen verspätete Eintragungen von Creditpoints zu großen Problemen bei Bafög-Berechtigten, die auf die Einhaltung von Fristen angewiesen sind. Es darf nicht sein, dass existentielle Dinge von der Funktionsfähigkeit eines Computersystems abhängig sind und der bürokratische Aufwand, sowie die damit verbundene Mehrbelastungen auf dem Rücken der ebenfalls überlasteten Studierenden ausgetragen werden.

Wir sollen funktionieren, alles was uns vorgesetzt wird, bedingungslos schlucken und unsere Kritik darf nicht über den Evaluationsbögen hinausgehen. Aspekte wie das tiefer gehende Interesse an einem Sachverhalt, die persönliche Entwicklung oder auch der Kinderwunsch während des Studiums nehmen immer weniger Platz ein, da sie etwas benötigen, dass in einer ökonomisch determinierten Welt nicht vorgesehen ist: Freie Verfügung über die eigene Zeit und Räume, in denen mensch ungehindert seinen Interessen nachgehen kann. Diese Räume sind nicht

nur als Ort, sondern auch als inhaltliche Dimension zu begreifen, als Denkraum mit Platz für eigene Gedanken sozusagen. Wir glauben, nur so könnte eine Auseinandersetzung mit den eigenen Ideen und Erfahrungen sowie deren Austausch mit anderen stattfinden. Doch leider sieht die Realität so aus: Wir hetzen von einem Pflichttermin zum nächsten, verlieren über die ganze Leistungserbringung unsere eigenen Fragen aus den Augen und gehen nebenbei noch unterbezahlter Arbeit nach. Solch einen Zustand wollen wir aber nicht Studium schimpfen und einen Ort, der so ein Verhalten von uns verlangt, auch nicht Universität.

LiSA setzt sich für mehr Freiräume im Studium und in der Universität, sowie gegen jede Form von Ökonomisierung ein. Bildung ist für uns die Entwicklung eigener Meinungen auf der Grundlage von frei zugänglichen Informationen. Notwendig ist deshalb ein Ort, der frei ist von äußeren Zwängen; ein Ort, an dem die ökonomische und soziale Situation des Einzelnen keine Bedeutung hat; ein Ort wo der gemeinsame Wunsch nach kritischer wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit sich selbst und seinem gesellschaftlichen Umfeld im Vordergrund steht und der von Gleichberechtigung und freier Meinungsäußerung geprägt ist. Nur in solch einem Umfeld ist Wissenschaft möglich, die die Aufgabe wahrnimmt, die Gesellschaft und bestehendes Wissen kritisch zu hinterfragen und so neue Erkenntnisse und Lösungen erzeugt. Unsere derzeitige Universität ist von diesem Anspruch jedoch weit entfernt. Gerade deswegen kämpfen wir für Freie Bildung für freie Menschen und ein selbstbestimmtes, schönes Leben.

BACHELOR & MASTER

Dass sich die Situation an den Universitäten grundlegend verändert hat, liegt nicht zuletzt an der Umstellung auf Bachelor und Master. Ziel der Bologna-Reform war unter anderem, die Abbrecher_innenquote zu verringern, die europaweite Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit der Leistungen herbeizuführen und einen besser an den Arbeitsmarkt angepassten Abschluss zu erreichen. Die Realität sieht anders aus: ein verschultes und überladenes Studium, das an Qualität und kritischer Auseinandersetzung eingebüßt hat. Von Vergleichbarkeit kann keine Rede sein. Die Anerkennung von Credit-Points ist nicht nur europaweit ein Problem, auch innerhalb der Bundesrepublik und sogar innerhalb eines Fachbereiches bereitet sie nach wie vor Schwierigkeiten. Aufgrund der verschärften Studienbedingungen, mit den daraus folgenden Konsequenzen für das private Leben, hat sich

die Abbrecher_innenquote erhöht. Auch der Übergang zu den Master-Studiengängen gestaltet sich problematisch.

Einerseits ist gar nicht sicher, ob außer dem Angebot an der eigenen Uni überhaupt ein passender Master-Studiengang existiert. Andererseits ist, selbst wenn es ihn gibt, nicht sicher, ob mensch zu diesem weiteren Studium zugelassen wird. So wird angestrebt, dass oft nur 30% bis 50% der BA-Absolvent_innen einen MA-Studienplatz bekommen sollen. Die restlichen Bachelor-Absolvent_innen können sehen wo sie bleiben, denn mit dem zuvor absolvierten Schmalspurstudium haben Sie derzeit auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen.

Es ist unrealistisch anzunehmen, diese Reformen rückgängig machen zu können. Wir setzen uns deshalb weiterhin dafür ein, neue Freiräume für ein selbstbestimmtes Studium und die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit dem existierenden Bildungssystem zu schaffen und Räume jenseits vorgegebener Studienpläne zu erschließen, z.B. durch die Organisation eigener Seminare. Der erfolgreiche Widerstand gegen Anwesenheitslisten zeigt zudem, dass nicht Gremienarbeit, sondern vor allem das gemeinsame, kreative Handeln vieler Studierender zu Verbesserungen führt..

BILDUNGSPROTESTE

Unter anderem aus den Protesten gegen den sog. Hochschulentwicklungsplan (HEP 5) nehmen wir die Erfahrung mit, dass Widerstand gegen Kürzungen oder allgemein prekäre Bildungsverhältnisse auch und vor allem außerhalb der Gremien sinn- und wirkungsvoll ist. Denn auf dem normalen Weg durch die Gremien der Universität können unsere Interessen als Studis strukturell nur unterliegen, da die Mehrheitsverhältnisse zu unseren Ungunsten sind.

Wir haben ein Problem damit, uns hinter Gremien zu verstecken und Politik in Hinterzimmern zu betreiben. Wir wollen uns einmischen und gemeinsam mit allen Betroffenen für studentische Interessen kämpfen! So wird LiSA auch in Zukunft Widerstand gegen „Spar-, Exzellenz-, Profilpläne“ von Politik und Universitätsleitung leisten. Die Uni soll nicht unter das Diktat von Sparzwang, ökonomische Verwertbarkeit und Entdemokratisierung fallen. Dagegen zu protestieren, finden wir sinnvoll sowie notwendig. Daher hat sich LiSA an den Bildungsprotesten 2008 und 2009 beteiligt und wird dies auch weiterhin tun. Wir sehen die Rolle des AStAs als

„AStA der Projekte“ und nicht als Speerspitze oder Instrument avantgardistischer Politik parteinaher Hochschullisten. Das heißt, wir wollen nicht nur eure Ideen für euch umsetzen, sondern dies viel lieber gemeinsam mit euch tun. Wir treten dafür ein, dass der AStA wieder eine offene Anlaufstelle für Infrastruktur, Information, Wissen und personelle Unterstützung wird, um zukünftige Proteste zu stärken. Dabei sollten sich Proteste für bessere Bildungsbedingungen nicht nur auf einige Tage und Wochen beschränken, sondern sie sollten darüber hinaus gehen und zur alltäglichen Praxis werden. Konkret soll das heißen, dass kleinen und großen Missständen in Seminaren und anderswo, stets mit direkten und kreativen Aktionen kontinuierlich zu begegnen ist.

LiSA ist überzeugt, dass sich ohne Druck, der von einer breiten Masse von unten getragen wird, nichts innerhalb dieser gesellschaftlichen bzw. inneruniversitären Entscheidungsstrukturen verändern wird. Gesellschaftliche Verhältnisse bleiben nur solange bestehen, wie wir sie akzeptieren, daher liegt es auch an uns, sie zu ändern!

STUDIENGEBÜHREN

Das deutsche Bildungssystem gilt als eines der selektivsten der Welt. Dennoch wurden in einigen Bundesländern seit 2003 Studiengebühren eingeführt, die gerade Menschen mit wenig Geld von einem Studium abhalten. Der Konformitätsdruck ist dabei riesig, denn schließlich muss sich die Auswahl des Studiengangs später auf dem Arbeitsmarkt bezahlt machen. Gebühren tragen so ganz erheblich dazu bei, dass wir immer weniger von dem machen können, was wir wollen und immer mehr von dem machen müssen, was uns in dieser Welt die eigene materielle Existenz sichert. Seit dem WS 06/07 müssen die ersten Bremer Studierenden (Langzeit-)Studiengebühren zahlen. 500 € zur Strafe dafür, dass sie nicht innerhalb von 14 Semestern fertig geworden sind. 500 € Strafe dafür, dass sie ihre Zeit mit Jobben verbringen mussten, vielleicht ein Kind erzogen haben und ggf. die Uni ihnen ihre Pflichtveranstaltungen gar nicht erst angeboten hat.

Oder aber auch 500 € Strafe dafür, dass sie im falschen Bundesland leben. Bis zum WS 2010/2011 durften überhaupt nur Bremer „Landeskinder“ die 14 Semester studieren, ohne zu zahlen. Diese letztere Regelung ist sogar grundgesetzwidrig. Kein_e Bürger_in darf aufgrund seines Wohnorts diskriminiert werden. LiSA unterstützte alle Studierenden, die gegen Studiengebühren klagten, und sorgte dafür,

dass der damalige AstA die Kosten übernahm. So wurde die Landeskinderverordnung vorerst gerichtlich ausgesetzt und schließlich freiwillig von der Bremer Regierung zurückgenommen. Trotzdem prüft das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit dieses Modells. Im gleichen Verfahren will es auch ein grundlegendes Urteil zu der Rechtmäßigkeit von allgemeinen Studiengebühren fällen. Das ist das erste Mal, das Studiengebühren als solche auf verfassungsrechtlicher Ebene verhandelt werden - und das ,aufgrund einer Initiative aus Bremen, an der wir maßgeblich beteiligt waren. Allerdings wird das Urteil auf sich warten lassen; vor einem Jahr ist nicht damit zu rechnen. Besonders hinsichtlich der Abschaffung der Studiengebühren durch den Regierungswechsels in Baden Württemberg, sowie einer allgemeinen steigenden Ablehnung gegen Studiengebühren, bleibt das Urteil des Bundesverfassungsgericht jedoch eine spannende Angelegenheit, denn es wird darüber entscheiden, was mit dem bereit schon eingezahlten „Landeskindergehalt“ passiert. Bis dahin wird LiSA alles tun, um das Verfahren weiter zu unterstützen und um sich stark zu machen gegen Studiengebühren jeglicher Art. So haben wir uns in der Vergangenheit z.B. stark darum bemüht, möglichst umfangreiche Ausnahmeregelungen für Langzeitstudiengebühren durchzusetzen, von denen weit über 1000 Studierende profitiert haben.

Grundsätzlich glauben wir, dass Studiengebühren der falsche Ansatz sind, um die Finanzierungsprobleme der Universitäten zu lösen. Die Erfahrungen aus anderen (Bundes-)Ländern zeigt, dass der Staat in gleichem Maße Steuermittel aus der Finanzierung von Hochschulen streicht, wie durch andere Quellen (Studiengebühren und Drittmittel) herangezogen werden sollen, wobei sich die Qualität der Lehre nicht wirklich gebessert hat. Mit jedem durch Studiengebühren finanzierten Tutorium oder Drittmittel-basierten Forschungsprojekt kommen wir einer Privatisierung des Hochschulwesens einen Schritt näher. Als Quintessenz bleibt: LiSA lehnt Studiengebühren - egal in welcher Form kategorisch ab und wird weiter alles versuchen, um ihre Einführung rückgängig zu machen und eine weitere Ausdehnung zu verhindern!

>> Konstruktive Mitarbeit

„Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Hochschule ist Recht und Pflicht aller Mitglieder“ bestimmt das bundesdeutsche Hochschulrahmengesetz. Eine Universität ist also demokratisch aufgebaut. Super Sache. Mensch redet mit allen Beteiligten, findet die richtige Entscheidung und setzt sie um. Manchmal geht das. Auf Studiengangsebene zum Beispiel, wenn mensch weiß, dass alle das Gleiche wollen. Aber schon in Fachbereichsräten und gar erst im Akademischen Senat (AS), dem höchsten universitären Entscheidungsgremium, wird das schwierig. Die Professor_innen wollen forschen, die Studierenden wollen lernen und verstehen, und der Rektor will vor allem Elite sein. Nur um mal drei Interessengruppen zu benennen.

Forschen aber verschlingt viel Geld und die Lehre behindert dabei eher. Deshalb neigen viele Professor_innen dazu, Studiengebühren zu begrüßen oder „schlechte“ Studiengänge bereitwillig zu opfern. Denn diese sorgen für wenig Renomé oder Drittmittel. Wir haben das nie verstanden und viel mit den AS-Mitgliedern, dem Rektorat, der Uni-Verwaltung und anderen Studierenden diskutiert. Aber wenn abgestimmt wurde, hatten die Profs jedes Mal ihre vom Gesetz gesicherte Mehrheit. Denn Professor_innen haben in allen entscheidenden Uni-Gremien mindestens 51 % der Stimmen. Studierende hingegen haben bei nur 4 von 22 Sitzen im Akademischen Senat die Pflicht, bei Abstimmungen, die sie ganz konkret betreffen, immer verlieren zu müssen. Dieses „Zensuswahlrecht“, dass den verschiedenen „Ständen“ unterschiedliches Stimmrecht gibt, wurde in Deutschland (z.B. Preußen) zuletzt im 19. Jahrhundert verwendet - soviel also zu Demokratie an der Uni!

>> Radikale Oposition

Es muss andere Wege geben, Wege, um in dieser scheinbaren Demokratie der Uni doch noch die Interessen von 18.000 Studierenden gegen 250 Profs und ein Rektorat durchzusetzen. Aber stellt mensch sich quer, wie bei den Bildungsprotesten im Winter 2009, wird das oft als destruktiv gebrandmarkt. Ist es wirklich destruktiv, bei etwas, was mensch selbst und viele andre nicht wollen, nicht mitzumachen? Ganz im Gegenteil, darin steckt ein riesiges Potenzial.

Welche Macht hat denn noch ein_e Professor_in, wenn sich Studierende zusammen tun und gemeinsam handeln? Welchen Mut eine Fachbereichskommission, wenn ihnen ein ganzer Studiengang auf der Nase rumtanzt? Der erste Schritt muss immer sein, mit den anderen zu reden. Wenn mensch aber erkannt hat, dass sie nicht mit sich reden lassen, dann muss klipp und klar gesagt werden: Nicht mit uns!

>> Stugen

Die Stugen sind der erste Ansprechpartner für Studierende und Lehrende eines Studiengangs oder Fachbereichs. Sie kennen die speziellen Probleme in ihrem Studiengang und die Bedürfnisse ihrer Studierenden und bilden so das Rückgrat für das Ringen um studentische Interessen und eine erfolgreiche Arbeit aller Studierenden. Wenn es uns gelingt, Probleme (wie z.B. Schwierigkeiten mit PABO, verschärfte Aufnahmeverfahren, allgemeine Studiengebühren, etc.) im eigenen Studiengang und fächerübergreifend zu diskutieren und gemeinsam zu handeln, gewinnen wir alle dabei! Der AStA selbst ist oft leider zu weit weg vom studentischen Alltag und kann sich in Probleme der Stugen nicht immer direkt einschalten. Möglich ist jedoch eine Menge indirekte Hilfe, beispielsweise durch logistische Unterstützung, durch genügend frei verfügbares Arbeitsmaterial, Unterstützung bei Projekten aller Art und der (rechtlichen) Hilfe bei Problemen, die für einen Stuga alleine zu groß werden. Darüber hinaus muss es aber gerade darum gehen, dass wir uns alle zusammenraufen und – egal ob Stuga, AStA oder sonst was – von unseren individuellen Möglichkeiten, Stärken und Erfahrungen profitieren. Nur so lässt sich wirklich kraftvoll für unsere grundlegenden Interessen eintreten.

LiSA sucht deshalb die Kommunikation zwischen und mit den Stugen, um mehr Zeit und Raum für einen kontinuierlichen Austausch und gemeinsame Aktivitäten zu schaffen.

>> Vernetzung

Allein machen sie dich ein! Deshalb versuchen wir Orte, an denen Leute zusammenkommen und politisch aktiv werden, wie z.B. das „Aktivenplenum gegen Rechts“, mitzugestalten und aufrecht zu erhalten. Lösungen im Sinne der Betroffenen sind dann denkbar, wenn sich diese zusammenfinden und über die Feststellung ihrer gemeinsamen Betroffenheit zu gemeinsamen Handeln kommen. Viele

unangenehme Dinge, die uns an der Uni und in unserem Leben zusetzen, sind aber so groß, dass sie sich nicht alleine von der Uni Bremen aus lösen lassen. Bestes Beispiel ist hier die bundesweit betriebene Bildungspolitik, Studiengebühren, BA/MA, etc. LiSA arbeitet daher mit anderen ASten, hochschulpolitischen Gruppen, Schüler_innen und auch gesellschaftlichen Institutionen zusammen. Denn die großen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse, wie die Einbindung der Bildung in kapitalistische Verwertungsprinzipien, lassen sich nur über Zusammenschlüsse bekämpfen, die in der Lage sind, eine gesellschaftliche Relevanz zu erlangen. Ein aktuelles Beispiel für eine breite Vernetzung sind die bundesweiten Bildungsproteste, die europaweit dazu geführt haben, dass sich Betroffene zusammenschließen, um gemeinsam zu handeln und einen gesellschaftlichen Diskurs über Bildung anzustoßen und mitzugestalten.

>> Politisches Mandat

Dem AStA ist es verboten, sich politisch zu Dingen zu äußern, die „nichts“ mit „Hochschulpolitik“ zu tun haben. So wurde zuletzt 2007 der Asta, an dem LiSA zu der Zeit beteiligt war, von der Unileitung angemahnt, lieber nicht gegen die Beschlagnahmung von Seminarteilnehmer_innenlisten durch das Bundeskriminalamt zu protestieren. Da die Beschlagnahmung im Rahmen von „Terrorismus“-Vorwürfen vorgenommen wurden, hätte ein Protest ihrer Meinung nach allgemeinpolitischen und damit für den AStA verbotenen Charakter. Wir sahen es genau anders herum. Studierende als „Terroristen“ zu verunglimpfen, nur weil sie ein bestimmtes Seminar besuchen, schreit geradezu nach stürmischer studentischer Meinungsäußerung.

Über viele Gerichtsverfahren wurden die ASten auf ein so genanntes „hochschulpolitisches Mandat“ beschränkt. Dies geht davon aus, dass alles, was jenseits des Uni-Campus geschieht, nicht mehr die Interessen der Studierenden berührt. Äußerungen eines AStA zu solchen Dingen werden deshalb als Missbrauch seines Mandates dargestellt. Diese Trennung zwischen „Hochschulpolitik“ und „Allgemeinpolitik“ ist absurd. Zum einen hört kein_e Student_in jenseits des Campus auf zu existieren. Studierende sind, wie alle anderen Menschen auch, davon betroffen, was in dieser Gesellschaft passiert und müssen mit den Folgen leben. Zum anderen sind hochschulpolitische Positionen, wie alle Positionen zu einzelnen po-

litischen Themenfeldern, immer aus einem allgemeinen Verständnis darüber abgeleitet, wie eine Gesellschaft funktioniert. Das Verbot, sich „allgemeinpolitisch“ zu äußern, verstehen wir deshalb vor allem als den Versuch, kritische Äußerung einer gesellschaftlich relevanten Gruppe (den Studierenden) zu verhindern. LiSA lässt sich aber nicht den Mund verbieten. Wenn wir unser Recht auf freie Meinungsäußerung nicht bekommen, dann nehmen wir es uns. Im AStA heißt das, dass LiSA sich für die Aufhebung des „hochschulpolitischen Mandats“ stark macht. LiSA lässt sich darin nicht einschüchtern. Wir wollen unsere Meinung sagen und unseren Interessen als Menschen überall dort Gehör verschaffen, wo sie ansonsten missachtet werden.

>> Überwachung

Entsprechend der gesellschaftlichen „Großwetterlage“ werden wir auch an der Uni immer stärker überwacht. Dabei geht es einerseits darum, Fehlverhalten aufzudecken und sanktionieren zu können und andererseits darum, Fehlverhalten durch die Androhung von Sanktionen zu verhindern. Kurz: Es geht um Kontrolle, um immer mehr Kontrolle.

Ob im SFG, im Cartesium oder auch im MZH, Videokameras begleiten uns auf Schritt und Tritt. Natürlich nur „zur eigenen Sicherheit“, wie der Rektor über die angebrachten Schilder informieren lässt. Aber wovor sollten wir uns denn bitte an der Uni bedroht fühlen? Oder sollen wir mit diesen Maßnahmen vor uns selbst geschützt werden? Vor der Annahme, dass in jeder und jedem von uns ein_e potenzielle_r Schwänzer_in, Dieb_in oder sonstiger Straftäter_in steckt?

Es werden überall riesige Datenmengen angesammelt - auch an der Uni eben vor allem Videobänder und Namenslisten. Aber darüber hinaus gibt es auch hier riesige Datensammlungen, deren originärer Zweck erst einmal ein anderer sein soll. Stud.IP zum Beispiel, oder die Mensacard. Letztere bekommt mensch sogar nur mit vorheriger Ausweiskontrolle. Ihr scheinbarer Vorteil liegt darin, schneller bezahlen zu können. Doch im gleichen Atemzuge wurden die Bargeldkassen auf eine einzige reduziert, sodass es für Studierende fast zum Zwang wird, eine solche Mensacard zu besitzen, wenn sie nicht ihre komplette, vom Rektorat bereits abgeschaffte, also quasi nicht existierende „Mittagspause“ an der Warteschlange der

Bargeldkasse verbringen müssen. Getreu dem Motto „Wir wissen, was du letzten Sommer gegessen hast“, werden alle Transaktionen mit einer eindeutigen Identifikation über lange Zeit gespeichert. Die Ausbreitung der Mensacard schreitet Schritt für Schritt voran. Ohne sie lässt es sich in den Wohnheimen weder waschen, noch kann mensch die Schranke zum Wohnheimparkplatz öffnen. Auch zum Kopieren oder Drucken in der Bibliothek ist sie von Nöten. Wenn jemand möchte, lässt sich über die Mensacard also immer besser nachvollziehen, was eine bestimmte Person oder ein bestimmter Personenkreis wann, wo und wie an der Uni gemacht hat. Wer „na und“ sagt, soll an die Rasterfahndung nach dem 11. September 2001 denken, als auf einmal alle muslimischen Studierenden in Deutschland pauschal unter Terrorismusverdacht standen und ihr Leben überprüft wurde.

Noch aktueller ist das Beispiel der Kennzeichnung von Beamern, Rechnern und sonstigen technischen Geräten mit einer künstlichen DNA, welche dazu dienen soll, entwendete Geräte sicherzustellen und den_ die Täter_in zu entlarven. Gleichzeitig soll das Auftragen der Markierungsflüssigkeit, welche einen auslesbaren Nummerncode enthält, eine abschreckende Wirkung haben und somit zu einer Reduzierung der Diebstahlquote führen. All diejenigen Personen, die im Alltag mit diesen Geräten in Berührung kommen, werden bei einem Diebstahl zwangsläufig zu Verdächtigen und potenziellen Verbrecher_innen.

Wir meinen, dass diese Überwachungsmaßnahmen geradezu nach Kritik schreien, denn sie kehren die Unschuldsvermutung um und verdächtigen erst mal präventiv jede und jeden. Hierin liegt die generelle Unterscheidung zwischen einem wie auch immer gearteten Rechtsstaat und einem autoritären Überwachungs- und Polizeistaat.

Wir sehen deshalb jede massenhafte Ansammlung von personenbezogenen Daten und jeglicher DNA-Maßnahmen kritisch und wollen sie verhindern. Denn erst mal irgendwo und mit welchem Grund auch immer gespeichert, entzieht sich die Verwendung von Informationen über uns unserer eigenen Kontrolle.

>> Soziale Lage

In der BRD gilt nach dem letzten Armutsbericht (2008) der Bundesregierung als arm, wer monatlich weniger als 781 € zur Verfügung hat. Der BAföG-Höchstsatz beträgt ab WS 10/11 maximal 670€ pro Monat. Hierbei muss noch bedacht werden, dass nur ein sehr kleiner Anteil der Studierenden diese Summe bekommt. Gerade diejenigen Studierenden, die nicht von reichen Eltern oder einer gönnerhaften Stiftung finanziert werden, befinden sich in einer sozial prekären Lage. Dabei reicht das BAföG, sofern überhaupt ein Anspruch besteht - auch nach der lachhaften Minimal-Erhöhung immer weniger zu einer ausreichenden Lebensfinanzierung aus. Gleichzeitig steigen jedoch die Anforderungen an Studierende immer weiter an. Im Studium ist es kaum noch möglich, entsprechend der eigenen Möglichkeiten oder Wünsche einen individuellen Weg zu gehen. Wer den vorgegebenen Rahmen von Pflichtveranstaltungen, Regelstudienzeit und Prüfungsterminen nicht einhalten kann, weil er_sie seinen Lebensunterhalt und vielleicht sogar noch den von Kindern verdienen muss, der_die fällt immer schneller durchs Raster. Zusätzlich wird das Leben immer teurer. Mieten, Mehrwertsteuer, Studiengebühren, Semesterbeiträge, Praxisgebühr, studentische Krankenversicherung etc. machen es für zwei Drittel der Studierenden notwendig, mindestens zwei volle Tage pro Woche neben ihrem Studium zu arbeiten. Den ganzen bürokratischen Wulst, der bei der Bewältigung all dieser genannten Dinge entsteht, verschlingt obendrein noch die letzten Nerven und nicht selten die letzte verbliebene freie Zeit. Das alles wirkt höchst selektiv, bringt viele Studis dazu, ihr Studium nicht zu Ende zu bringen oder schreckt viele Menschen davon ab, überhaupt zu studieren.

Für LiSA gibt es zwei Ansätze, die aus der Realität heraus diese Situation verändern können. Studierende brauchen mehr finanzielle und zeitliche Freiräume, zum Beispiel durch einen ausreichenden BAföG-Anspruch für alle und die Entschulung des BA/MA-Studiums.

Solche Änderungen sind nicht einfach zu erkämpfen (s.BA/MA-Text), aber wir können schon jetzt versuchen, uns gegenseitig mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen und von den gesellschaftlichen Zwängen ein Stück weit zu befreien.

An dieser Stelle kommt der AStA ins Spiel, der hierbei eine wichtige Position inne hat. Er hat die Möglichkeit allen Studierenden eine ganze Reihe sozialer Leistungen zu bieten (ob und wie dies tatsächlich geschieht, hängt von den jeweiligen Listen ab, die den AStA stellen). Zum Beispiel das Semesterticket, einen günstigen, unkommerziellen Autoverleih und nicht zuletzt die kostenlose, mit Fachkräften besetzte BAfÖG-, Sozial, und Rechtsberatung.

Diese Angebote sind jedes Jahr aufs Neue politisch umkämpft, da sie vom AStA natürlich nicht kostendeckend betrieben werden können, sondern über den Semesterbeitrag aller Studierenden mitfinanziert werden. Dieser Solidaritätsgedanke ist für uns aber ein ganz zentraler. Denn er treibt uns als Studierende nicht weiter in die Abhängigkeit anderer, sondern folgt dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Genauso können auch andere, vom AStA getragene soziale Projekte, wie die Fahrrad-Selbsthilfewerkstatt oder das Kinderland, funktionieren. Es ist uns wichtig, dass der AStA diese Leistungen weiterhin anbietet oder soziale Projekte unterstützt, die es in dieser Form sonst nicht gibt.

Wir wollen keine Uni, an der sich alle nur alleine mit ihren eigenen Nöten herumschlagen und irgendwie durchs Studium quälen, sondern eine Studierendenschaft, die darum bemüht ist, sich gegenseitig zu unterstützen. Mit den Mitteln des AStA wollen wir das Bestmögliche tun, was dazu beitragen kann.

>> Service im AStA

KINDERLAND

Menschen mit Kindern stehen an der Uni Bremen vor einem großen Problem: Einerseits gibt es fast nur noch Pflichtveranstaltungen nach vorgeschriebenen Stundenplänen, andererseits ist das Betreuungsangebot für Kinder überall unzureichend und teuer. Die BA/MA-Strukturen erschweren die Situation noch zusätzlich durch Praktikazwang und enorme Prüfungsbelastung.

Für uns darf aber niemand deshalb Nachteile im Studium haben, weil er_sie Kinder hat oder betreut! Das Kinderland als ein selbstorganisiertes und solidarisch getragenes Betreuungskonzept ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir uns die Uni vor-

stellen: Die Erziehenden betreuen mit Unterstützung von ausgebildeten Hilfskräften gegenseitig ihre Kinder und ermöglichen so eine qualitative und umfassende Alternative zu teuren Kindergartenplätzen.

In der Vergangenheit hat LiSA als AStA deshalb das Kinderland als Projekt unterstützt, indem ausgebildete Betreuungskräfte finanziert wurden. Durch Verhandlungen mit Universität und Studentenwerk konnten wir dreimal mehr Mittel für das Kinderland erstreiten, natürlich ohne dabei auf Gelder aus Studiengebühren zurück zu greifen. In diesem Sinne werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, allen Menschen ein Studium zu ermöglichen und die vielfältigen Schranken dafür abzubauen.

SEMESTERTICKET

Das Semesterticket ist keine Selbstverständlichkeit. Wir sehen drei Gründe, die für ein Semesterticket sprechen: Erstens fördert es die umweltfreundlicheren Öffentlichen Verkehrsmittel, zweitens stellt das Semesterticket für die Studierenden eine riesige Ersparnis dar, weil es 6 Monate gültig ist, aber nur etwa so viel kostet wie eine normale Monatskarte und im Gegensatz zur Monatskarte auch in einigen Zügen gültig ist. Dadurch wird trotz der häufig schwierigen finanziellen Situation vieler Studierender, die für sie wichtige Mobilität sichergestellt. Drittens befürworten wir das Solidarprinzip, d. h. alle zahlen einen pauschalen Beitrag, unabhängig von der individuellen Nutzung. Erst hierdurch wird allen Studierenden eine weitreichende Mobilität ermöglicht, unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund und ihrem Wohnort.

Unserer Meinung nach ist das Semesterticket als ein Modell aufzugreifen, das gesellschaftsübergreifend eingesetzt werden sollte - nicht nur Studierenden, sondern allen Menschen, auch mit geringen oder gar keinem Einkommen, sollten die öffentlichen Verkehrsmittel zugänglich sein und der Individualverkehr, mit luftverpestenden Kraftfahrzeugen, sollte so weit wie möglich überflüssig gemacht werden.

Als die BSAG vor zwei Jahren Nachtzuschläge einführte, wurde eben dieses Solidarprinzip ad absurdum geführt. Zu unserer Zeit im AStA haben wir nach langwierigen Verhandlungen – gemeinsam mit den anderen Hochschulen – die Nachtzuschläge wieder abgeschafft. Wir haben aber nicht nur für die Abschaffung der Nachtzuschläge gekämpft, sondern auch dafür, dass die Preiserhöhungen mög-

lichst niedrig ausfallen und das Angebot kontinuierlich ausgeweitet wird. Nachzuschläge und derartige Verschlechterungen, sowie jede Bemühung das Solidaritätsmodell abzuschaffen, wollen wir auch in Zukunft verhindern. Genau so, wie wir hoffen, weitere Leistungen integrieren zu können und das Angebot zukünftig zu verbessern

BAFÖG-, SOZIAL- UND RECHTSBERATUNG

Die Bafög- und Sozialberatung verzeichnet in den letzten Jahren einen stark ansteigenden Bedarf unter den Studierenden. An den stetig wachsenden Beratungswünschen zeigt sich für uns, dass die heutigen Studierenden einem starken strukturellen (Leistungs-) Druck ausgesetzt sind, der sich sowohl psychisch als auch finanziell äußert. Da besonders Studienanfänger_innen das Angebot nutzen, sehen wir hier ein weiteres Negativmerkmal der BA/MA-Strukturen. Auf Grund des großen Bedarfs, haben wir uns stets dafür eingesetzt, den Etat nach Möglichkeiten, kontinuierlich anzuheben.

Da immer mehr Studierende z.B. aufgrund von Langzeitstudiengebühren Probleme juristischer Art bekommen, hat LiSA im AStA zudem eine studentische Rechtsbetreuung eingerichtet. Dafür konnte ein qualifizierter Rechtsanwalt für den AStA gewonnen werden. Es entstand nicht nur Raum für eine Beratung in studentischen Belangen wie Studienplatzklagen, sondern auch für alltägliche Dinge wie Mietrecht oder sonstige juristische Schwierigkeiten. Selbstverständlich gestalteten wir das komplette Angebot der Bafög- und Sozialberatung sowie der Rechtsberatung kostenlos und wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass das so bleibt. Darüber hinaus wollen wir auch weiterhin eine Übernahme der Prozesskosten von Musterklagen durch den AStA gewährleisten, wenn in den entsprechenden Fällen grundlegende Interessen der Studierenden betroffen sind, wie dies z.B. bei den Klagen gegen das Landeskindermodell der Fall war.

DARÜBER HINAUS

Über die Bafög- und Sozialberatung, das Kinderland und andere Dinge hinaus will LiSA generell ein reichhaltiges Service-Angebot im AStA erhalten und weiter ausbauen. Dazu gehören das KFZ-Referat, die Fahrradwerkstatt, die AStA-Druckerei, der Computerraum und vieles mehr.

In der Fahrradwerkstatt wird allen Studierenden ermöglicht, ihre Zweiräder unter fachlicher Anleitung selbst zu reparieren und die gängigen Ersatzteile zum Selbstkostenpreis zu erwerben, anstatt auf teure Fahrradläden angewiesen zu sein. Das KFZ-Referat ermöglicht es Studierenden, kostengünstig Autos und Transporter für Umzüge, Gruppenausflüge und andere Unternehmungen zu mieten. Dies halten wir für besonders wichtig, da Studierende oft Schwierigkeiten haben, bei normalen Autovermietungen ein Auto zu leihen. Sei es aufgrund horrender Kauttionen oder aufgrund der Tatsache, dass Menschen in der Probezeit bzw. unter 21 Jahren oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit generell kein Fahrzeug bekommen.

Die Druckerei bietet dem AStA und allen Studierenden die Möglichkeit, Plakate, Flyer, Broschüren etc. in großer Auflage zu günstigen Konditionen zu drucken. Dank Initiative von LiSA konnte die Druckerei der verfassten Studierendenschaft vor der Schließung durch den Mitte-Rechts-AStA bewahrt werden, der lieber auf Online-Druckereien zurückgreift, die entsprechende unsoziale Löhne zahlen.

In den letzten Jahren mussten wir diese Service-Leistungen immer wieder gegen parteinahe Listen im Studierendenrat verteidigen, welche diese nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachten und deshalb ihre Abschaffung fordern. Für uns ist der AStA aber kein Wirtschaftsunternehmen, in dem ausschließlich Dinge wie Profit bzw. Kostendeckung zählen. Der AStA ist ein Organ der studentischen Selbstverwaltung, welches für uns in erster Linie den Bedürfnissen der Studierenden verpflichtet ist.

Wir wollen das Konzept der „offenen Etage“ wieder verwirklichen und Studierende wieder im Sinne des „Hilfe zur Selbsthilfe-Prinzips“ dort unterstützen, wo es nötig und möglich ist..

>> **Studentenwerk**

Das Studentenwerk ist für die sozialen Belange der Studierenden (Essen, Wohnen, Studienfinanzierung, Kultur, psychologische Beratung) zuständig. Es hat für seine Arbeit zwei Geldgeber: Das Land Bremen und uns Studierende. Durch den Sozialbeitrag bezuschussen wir uns so zum Beispiel das günstige Mensaessen selbst.

Durch Engagement im Studentenwerk konnten wir in der Vergangenheit bewirken, dass die psychologisch-therapeutische Beratungsstelle entgegen vorheriger Planung in ihrem derzeitigen Umfang erhalten bleibt und das Studentenwerk auch in Zukunft zugunsten von festen Arbeitsverträgen auf Zeitarbeit verzichtet.

Wir fordern, dass das Land Bremen die Finanzierung des Studentenwerks massiv ausbaut! Nur so kann die Gebührenerhöhung für das Studentenwerk rückgängig gemacht bzw. weitere Erhöhungen verhindert werden. Nur so wird eine bedarfsgerechte Versorgung gewährleistet.

Außerdem sind wir der Meinung, daß im Studentenwerk dringend eine bessere Beratung angeboten werden muß. Zurzeit wird massiver Druck auf die Studierenden aufgebaut, ihr Studium durch Kredite zu finanzieren. Um Verschuldung von Studierenden zu vermeiden, wird eine von Banken unabhängige Finanzberatung im BAföG-Amt benötigt. Diese darf nicht an Profitinteressen durch Kreditabschlüsse orientiert sein, sondern muss Ansprüche auf BAföG prüfen und nur in Notfällen kritisch und individuell zur beraten.

Auch die Kulturarbeit im Studentenwerk muss verändert werden. Während die MensaParties immer weniger von den Fetten privater Veranstalter zu unterscheiden sind, werden die Möglichkeiten für alternative studentische Kulturprojekte stets kleiner. Wir fordern, dass das Studentenwerk überflüssige Großevents endlich aufgibt und sich konsequent für kleine unkommerzielle Initiativen einsetzt.

WOHNHEIME

LiSA will, dass bereits geplante und zukünftige Wohnheime wie z.B. die zweite „Galileo-Residenz“ unter Berücksichtigung der Interessen der Studierenden gebaut und bestehende Wohnheime umgestaltet werden, damit diese möglichst selbstbestimmt wohnen können. Das heißt wir wollen Wohnheime von Studierenden für Studierende.

Derzeit sieht es allerdings so aus, dass der Bau und Betrieb neuer Wohnheime externen Investoren überlassen wird. Dadurch entstehen überbeuerte, individualisierungsfördernde, kommerzielle Kästen, wie z.B. das aus ästhetischer Perspektive

reichlich geschmacksverirrte „Galileo“ in Campus-Park oder der Neubau, der dem Wohnheim Vorstr. vor die Nase gesetzt wird.

Unsere Meinung nach ist der Sinn und Zweck von Wohnheimen nicht die persönliche Bereicherung externer Unternehmer, sondern die Bereitstellung von kostengünstigem, gemeinschaftlichem Wohnraum für alle. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

MENSA UND CAFETE

Die Mensa an unserer Uni ist für rund 4.000 ausgegebene Essen pro Tag konzipiert, tatsächlich gehen dort aber rund 10.000 Essen täglich über die Theke. Das ist alles andere als optimal, wissen alle. Da aber für einen Ausbau oder vielmehr eine eigentlich dringend notwendige zweite Mensa das Geld fehlt, wurde im Wintersemester 07/08 die GW2-Cafeteria umgebaut. Diese soll mit rund 1.000 warmen Mittagessen die Funktion einer zweiten Mensa erfüllen und darüber auch zusätzliches Geld in die Kassen des Studentenwerks spülen. Allerdings durften Studierende und das Personal des Studentenwerks ihre Interessen nicht in die Planungen zur neuen Cafété einbringen. Die Cafete gleicht eher einer Lounge oder einem Luxuscafé für Profs und „besser ausgestattete“ Studierende, die sich nicht durch die volle Mensa drängeln wollen und sieht kaum noch offenen Raum für Arbeitsgruppen vor.

Wir wollen eine günstige Essensversorgung für alle Studis, die außerdem ausreichend Platz und Arbeitsraum bietet und bei der nicht der Geldbeutel entscheidet, wer wo sitzen darf. Außerdem fordern wir die Berücksichtigung studentischer Interessen bei Cafeteria-Umbauten und Mensa-Planungen. Hierzu gehören auch längere Öffnungszeiten über die Mittagszeit hinaus. Derzeit betreiben Leute von LiSA ein Projekt zur Errichtung eines studentisch-selbstverwalteten Cafés auf der AStA-Etage.

>> Kultur und Kommerz

Kultur im ursprünglichen Sinne bedeutet Pflege des Körpers, vor allem aber des Geistes. Letzten Endes sollte also alles, was wir uns hier an der Universität zu Gemüte führen, Kultur sein?! Die Realität sieht da wohl eher anders aus: an den Wänden

hängen stumpe Handy- und sexistische Partywerbungen; von einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Kulturverständnis ist weit und breit überhaupt nichts zu sehen. Mal ganz abgesehen davon, dass die Verschulung der Studiengänge durch BA/MA immer weniger Zeit zu eigenständigem Engagement zulassen.

Wir wollen aber keine dumpfe Bespaßung und Kommerz, sondern Freiräume für kulturelles Engagement schaffen. So bot LiSA in den vergangenen Jahren nicht nur ein Alternativprogramm mit Theater, Filmen, Vorträgen, Lesungen und Konzerten an der Uni und in der Stadt an, sondern unterstützt auch bereits vorhandene kulturelle Studiprojekte wie Theatergruppen, Filmvorführungen, Kulturmagazine, Festivals, Sommerfeste, selbstorganisierte Seminare etc. Dabei ist es uns wichtig, neben Schöngestigem besonders aktuelle politische Themen aufzugreifen und junge Künstler_innen und kritische Kulturschaffende zu unterstützen.

Dass dies nicht immer leicht ist, haben wir einer Universitätsleitung zu verdanken, die studentisches Engagement nur soweit zulässt, wie es in ihre Vorstellung passt. Seit alle Flächen der Uni für lächerliche 5000€ jährlich an die „Deutsche Hochschulwerbung“ (DHW) vermietet wurden, die diese nun an Mobiltelefonanbieter, Tabakfirmen, Geldinstitute oder kommerzielle Clubs/Bars verscherbelt, ist es extrem schwierig geworden auf selbstorganisierte Projekte und Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Plakatkommunikation zwischen Studierenden wird gezielt unterbunden, indem die DHW sie von extra dafür eingestellten studentischen Hilfskräften regelmäßig abreißen bzw. entfernen lässt. Studierende werden dafür bezahlt, studentisches Engagement zu verhindern! In der Mensa darf nur noch werben, wer dafür bezahlt. Welche studentische Gruppe will bzw. kann sich das leisten? Zahlungskräftige Unternehmen prägen nun mit ihrer Werbung zunehmend jeden Winkel des Campus. Zur Aufwertung des „Technologieparks“, in dem große Unternehmen ihr zukünftiges Humankapital direkt und frisch „heranzüchten“ können, wurde im vergangenen Jahr das eine Million Euro teure Projekt Campus-Park umgesetzt, dem das letzte Stück „Wildnis“ auf dem Unigelände weichen musste.

Weitere Symptome der Drittmittel-Hörigkeit der Unileitung sind die zur Messehalle verkommene Glashalle mit belästigender Werbung über die neue Medienleinwand. Hinzukommen die sich häufende Präsenz von „Anwerbe-Ständen“ di-

verser kommerzieller Unternehmen und deren Aufsteller, die sich seit einiger Zeit auch auf dem Boulevard tummeln. Zwar soll die aus externer Quelle gesponserte Medienleinwand angeblich auch Studierenden zur Verbreitung von Informationen zur Verfügung gestellt werden, jedoch ist dies nur in äußerst eingeschränktem Zeitrahmen möglich und die Zensur und Redaktion obliegt einzig und allein der Uni-Pressestelle, sodass von freier Meinungsäußerung hier keine Rede sein kann.

Ein weiterer Stein, der uns in den Weg gelegt wird, ist der nicht gegebene Raum für studentisches Engagement - und das in dreifacher Hinsicht. So wird der zeitliche und inhaltliche Freiraum innerhalb des Studiums immer weiter beschränkt. Daneben ist kaum noch Zeit für die Auseinandersetzung und Gestaltung von und mit kulturellen Projekten gegeben. Darüber hinaus wird da, wo es sich anbietet, solches Engagement durch rigorose und bürokratische Prüfungsordnungen eingeschränkt, wenn nicht gar total verhindert. Das erschreckendste Beispiel aus jüngster Zeit ist hierfür die Abschaffung der Mittagspause. Auch die nicht-gegebenen Räumlichkeiten sind ein Problem. Der Theatersaal, von dessen Existenz schon einmal die wenigsten wissen, ist für studentische Gruppen so gut wie nicht zugänglich. Im Prinzip finden dort fast ausschließlich Lehrveranstaltungen statt und jede_r, der sich doch einmal einen freien Termin ergattern kann, wird spätestens an der nicht vorhandenen bzw. defekten Technik oder einer plötzlichen Doppelbelegung verzweifeln. Möchte mensch für Arbeitsgruppen oder selbstorganisierte Treffen anderweitig Räume nutzen, geht dies nur mit einem oft riesigen bürokratischen Aufwand, einem Berg von Auflagen und hohen Kosten. Studierende müssen, sofern ihnen überhaupt ein Raum zugeteilt wird, teilweise Miete für deren Nutzung bezahlen. Für den Fall, dass eine Veranstaltung bis in die Nacht dauert beziehungsweise am Wochenende stattfindet, stellt die Universität dann gern auch mal die Kosten für einen privaten Wachmann in Rechnung.

Wir werden dies weiterhin nicht hinnehmen und (kulturelles) studentisches Engagement an der Uni und in der Stadt Allen ermöglichen und wo vorhanden unterstützen! LiSA will (Kultur-)Alternativen bieten und ein Stück der Uni für Studis wieder zurückgewinnen!

NICHT VERGESSEN

SR-Wahl vom 23. bis 27. Mai 2011

Studierendenausweis nicht vergessen

>> LiSA wählen (Liste 5)



LiSA >> Liste der StudiengangsAktiven >> www.lisa-bremen.de